tag eilends aus Honnef nach Washington gebeten, paßte auf, daß ihr alle Jahre wieder bronchienkranker Patient in der geheizten Staatslimousine stracks nach Rhöndorf transportiert wurde.

Ein — „wenn ich mich vulgär ausdrücken darf" — „gehöriger Schnupfen" (Bundespressechef von Eckardt) hatte den Kanzler davon abgehalten, seinen obligaten Reise-Report in der Kühle des Novembermorgens vor den Flugplatz-Mikrophonen anzubringen.

Was zwischen Adenauer und Kennedy besprochen worden ist, wird ähnlich unaufklärbar bleiben wie das Vier-Augen-Gespräch in Rambouillet zwischen dem Kanzler und de Gaulle im Juli 1960.

Selbst Außenminister Schröder, der nach dem ersten Gespräch Kennedys mit Adenauer den verständlichen Wunsch hegte, Einzelheiten zu erfahren, wurde von seinem Kanzler schroff abgefertigt: „Das ist eine vertrauliche Unterhaltung gewesen, die muß auch vertraulich bleiben."

Außenminister Rusk gegenüber Gromyko angedeutet worden war) vorerst zugunsten des Versuchs einer isolierten Einigung über Berlin aufzugeben; mit der Berlin-Frage sollen zunächst keine militärischen Konzessionen auf Kosten der Bundeswehr verquickt werden.

Nach diesem Konzept sollen alle westlichen Konzessionen also allein zu Lasten der Bevölkerung von Westberlin gehen.

Adenauers Außenminister Gerhard Schröder, der als Innenminister den Berlinern bei der Bundespräsidentenwahl das Stimmrecht absprechen wollte, entschlüpfte schon vor drei Jahren zur Berlin-Politik die Rückzugsparole „Frontbegradigung".

Das Mißtrauen, das seither auch die Berliner CDU-Freunde gegen Schröder hegen, bewegte den Bundespräsidenten, mit der Berufung Schröders ins Außenamt zu zögern und — nach Intervention der Berliner CDU — den Berliner Christdemokraten Heinrich Krone als Aufpasser ins vierte Aden-




P. A. Features Ltd., London

„Hunde, wollt ihr ewig leben?"

Und ein übermütiger Kommentar, den Konrad Adenauer, vom Wein animiert, an der Tafel des US-Präsidenten von sich gab, wurde zwar von den amerikanischen Gastgebern nicht gerade als passend empfunden, brachte aber auch keine weiteren Aufschlüsse: „Wenn Chruschtschow uns hier so beisammen sehen könnte, dann hätten seine Zeitungen eine Menge zu schreiben."

Sicher ist, daß sowohl der Bonner Kanzler als auch Amerikas Präsident Konzessionen machten:

- ▷ Adenauer willigte grundsätzlich in Berlin-Verhandlungen ein, die er bisher zu verhindern trachtete, und erklärte sich sogar bereit zu versuchen, seinen noch immer störrischen Freund de Gaulle bei einem bevorstehenden Besuch auf gleichen Kurs zu schieben.
- ▷ Kennedy war einverstanden, die Ausdehnung der bevorstehenden Verhandlungen auf die gesamte deutsche Frage (wie es im September von

auer-Kabinett zu drängen. Dazu SPD-Stratege Herbert Wehner: „Außenminister Schröder denkt bundesrepublikanisch, aber nicht gesamtdeutsch."

Sozial- und Freidemokraten hatten sich seit Jahr und Tag dem Berlin-Isolierungsrezept Adenauers und Schröders widersetzt. Sie fürchten, Berlin werde sich nicht halten lassen, wenn es die gesamten Spesen des von Chruschtschow forcierten Deutschland-Handels zu tragen haben werde.

Verhandlungen über Westberlin aber können sich angesichts der als „unverzichtbar" erklärten Rechte der Westalliierten in Westberlin heute nur noch um den Strang zwischen Bonn und der deutschen Hauptstadt drehen: um den Berliner Bürgermeister im Bundesrat, die Berliner Abgeordneten im Bundestag, den Amtssitz des Bundespräsidenten und etlicher Bundesbehörden in Westberlin.

Schon jetzt schlug Präsident Kennedy dem Kanzler und seinen Begleitern in Washington jedwede Unterstützung für den Plan ab, periodisch Bundestagssitzungen nach Berlin einzuberufen. Denn das wäre — laut „New York Times" — nach Ansicht der US-Regierung „unnötig und wahrscheinlich provokatorisch".

Drohte Adenauers Regierungsteilhaber Erich Mende: „Es besteht eine feste Verpflichtung unter den Koalitionspartnern, und daran ist der Bundeskanzler gebunden. Keine Bundesstelle darf aus Berlin weg, sonst folgen tausend Möbelwagen."

CHRUSCHTSCHOW

## Modell Österreich-Ungarn

Herzliche Grüße hatte Nikita Chruschtschow dem Botschafter Kroll bei dessen letzter Bonn-Reise an Konrad Adenauer aufgetragen. Es gibt keinen Zweifel: Der Herr im Kreml sucht ein Gespräch mit dem westdeutschen Kanzler.

Die Anzeichen für ein solches Chruschtschow-Begehren sind seit Errichtung der Berliner Mauer am 13. August nicht mehr zu übersehen:

- ▷ Am 16. August suchte der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, den Bundeskanzler zu einer Unterredung auf und informierte ihn auf Befehl von Chruschtschow eingehend über „die nächsten Pläne der Sowjetregierung auf dem Gebiet der Außenpolitik".
- ▷ Am 9. November veröffentlichte die parteiamtliche Moskauer „Prawda" auf ihrer ersten Seite ein Glückwunsch-Telegramm Chruschtschows an Adenauer anläßlich dessen Wiederwahl zum Bundeskanzler, eine für Moskauer Verhältnisse ungewöhnliche Hervorhebung.
- ▷ Am gleichen Tage empfing der sowjetische Ministerpräsident auf eigenen Wunsch den Bonner Botschafter Kroll zu einer fast zweistündigen Unterredung.

In diesem vertraulichen Plausch mit Kroll bestätigte Chruschtschow, was der Bundesnachrichtendienst des Generals Gehlen bereits vor einigen Wochen nach Bonn gemeldet hatte: Auftraggeber der Berliner Mauer war nicht Ulbricht, sondern Chruschtschow. Der Kreml-Boß zu Kroll: „Die Mauer habe ich befohlen."

Dem Chruschtschow-Befehl an die volkseigenen DDR-Maurer ist nach den Informationen der Gehlen-Agenten am 5. August in Moskau sogar eine harte Auseinandersetzung mit dem Zonenchef Ulbricht voraufgegangen: Der rote Sachsenzar wollte zwar den unerträglich gewordenen Flüchtlingsstrom abgeriegelt wissen, hielt aber die hermetische Schließung der Sektorengrenze für ein denkbar ungeeignetes Mittel, das für das innen- und außenpolitische Prestige der DDR äußerst abträglich sei und seine Bemühungen um internationale Anerkennung zurückwerfe.

Statt dessen forderte Ulbricht von Chruschtschow, den Flüchtlingsstrom durch eine östliche Kontrolle des Luftverkehrs zwischen Westberlin und der Bundesrepublik abzuwürgen.

Chruschtschow hielt ein solches Vorgehen, das einen unmittelbaren, möglicherweise militärischen Konflikt mit

den Westmächten heraufbeschworen hätte, für zu riskant und entschied sich deshalb für die Mauer — in richtiger Einschätzung der US-Regierung Kennedy: Im Luftkorridor hätten die Amerikaner geschossen; gegen die Mauer unternahmen sie nichts.

Dem Bonner Botschafter Kroll gestand Nikita Chruschtschow nun aber nicht nur die Urheberrolle beim Ostberliner Mauerbau ein. Er pflichtete dem Deutschen zugleich bei, daß die Mauer ein „häßliches Ding" sei. Sie müsse leider so lange bestehen bleiben, bis es zwischen den beiden deutschen Staaten zu einer „allgemeinen Verständigung" gekommen sei.

Der Kreml-Herr erläuterte seine Vorstellungen von einer solchen Verständigung nur in groben Umrissen, doch ist ein Teilziel deutlich: eine Vereinbarung, die es den Ostberlinern und den Bewohnern Mitteldeutschlands trotz wiederhergestellter Freizügigkeit in Gesamtberlin nicht erlauben würde, sich nach Westdeutschland abzusetzen.

Grundlage jeder solchen Vereinbarung allerdings kann nun doch nur eben das sein, was Ulbricht forderte und Chruschtschow mit Gewalt nicht erzwingen wollte: die Kontrolle des Luftverkehrs zwischen Westberlin und der Bundesrepublik durch Sowjet- oder DDR-Kontrolleure.

Weiterer Bestandteil einer „allgemeinen Verständigung" müßten nach Chruschtschows Ansicht die deutschen Ostgrenzen sein. Der sowjetische Ministerpräsident machte vor Kroll kein Hehl daraus, daß er die deutsche Forderung nach einer Revision dieser Grenzen nicht verstehe. Sie müsse Polen und Tschechen doch immer enger in die Arme der Sowjet-Union treiben. Chruschtschow zu Kroll: „Natürlich ist uns das nicht unwillkommen, aber was hat die Bundesrepublik eigentlich davon?"

Zu welchen Vorteilen für beide Partner die von Chruschtschow gewünschte „allgemeine Verständigung" nach sowjetischer Auffassung führen könne, hat der wohlinformierte Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks in Moskau, Erwin Behrens, letzte Woche in drei Punkten zusammengefaßt:

- ▷ „Erstens: Ein Siebenmeilenschritt in Richtung auf eine Vereinbarung für Mitteleuropa, welche die Tür öffnen würde für eine allmähliche Verständigung der beiden deutschen Staaten.
- ▷ „Zweitens: Nach einer Verminderung der Spannungen im Herzen des europäischen Kontinents und nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Preis für den verlorenen Krieg müßten sich die Bindungen der Ostblockstaaten an Moskau lockern.
- ▷ „Drittens könnte nach Ansicht Moskauer Gesprächspartner bei einer deutsch-sowjetischen Verständigung am Ende einer längeren Entwicklung ein Deutschland entstehen, nicht unähnlich etwa dem Doppelstaat Österreich-Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg."

Der herzlich gegrüßte Konrad Adenauer schien vorerst allerdings noch nicht bereit zu sein, Chruschtschows Winke zu erwidern. Er reiste zunächst einmal nach Washington. Und auf die Frage eines Journalisten, ob er auch eine Moskau-Reise plane, antwortete der Kanzler: „Sie wollen wohl, daß ich dort den Platz von Stalin einnehme?"




## MANN FÜR MANN

mußten die etwa 50 Demonstranten weggetragen werden, die am Donnerstag vorletzter Woche Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß auf seiner Fahrt vom norwegischen Militärflugplatz Gardermoen nach Oslo eine halbe Stunde lang mit ihren Leibern stoppten und auf Plakaten forderten: „Heraus mit Strauß" (oben). Der deutsche Gast interpretierte die Demonstrationen, die in Oslo fortgesetzt wurden (unten), im norwegischen Fernsehen auf bei ihm übliche Art: „Ich weiß, daß viele der Demonstranten bezahlte junge Leute sind, hinter denen, wie immer, dann ein paar Einpeitscher stehen. Die Drahtzieher im Hintergrund sind meistens Kommunisten, die auf Anweisung Moskaus handeln." August Lange, Dekan an der Osloer Lehrerakademie und Bruder des norwegischen Außenministers Halvard Lange, schrieb tags darauf in der Osloer Zeitung „Dagbladet", mit dieser Erklärung habe sich Strauß als Schüler des verstorbenen amerikanischen Hexenjägers McCarthy entpuppt. Aus dem von den Sowjets bedrängten Finnland kam ungewöhnlich bittere Kritik an der Strauß-Visite. Staatspräsident Kekkonen: Der Strauß-Besuch „ist ein unglaublicher Bärendienst uns gegenüber . . . man sollte unserer Bürde keine Steine hinzufügen. Sie ist ohnehin schwer genug . . ."

